



öffentlich

Betreff:

Verwendung der zusätzlichen Zuweisung

Erstellungsdatum 14.06.2006

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE. PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
30.08.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung eine Entscheidungsvorlage zur Verwendung der zu erwartenden zusätzlichen Zuweisung des Landes vorzulegen. Damit ist zu sichern, dass ein noch zu bestimmender Teil dieser zusätzlichen Mittel für dringend notwendige Aufgaben eingesetzt wird. Mindestens 5 Millionen Euro sind für die Konsolidierung des Haushalts einzusetzen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Nach entsprechender Vorankündigung des Landes werden den brandenburgischen Kommunen zusätzliche Mittel in Höhe von 105 Millionen Euro im Rahmen eines Nachtragshaushalts zugewiesen. Für die Landeshauptstadt ist ein Anteil von 6,6 Millionen Euro avisiert worden.

Die Stadtverordnetenversammlung erhebt den Anspruch, über den Einsatz dieser Mittel zu entscheiden. Dabei ist unbestritten, dass der übergroße Teil der Mittel für die Haushaltskonsolidierung einzusetzen ist.